

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A thick red arrow graphic that starts below the 'D' and points upwards and to the right, ending near the top right of the 'AfD' text.

AfD wollte Corona-Notlage schon seit März/April beenden

Medienwirksam stellt die FDP derzeit Pressemitteilungen und Anträge in den Raum, wonach sie als erste und einzige Fraktion die von der Bundesregierung willkürlich eingeführte rechtliche Corona-Notlage ablehnen und aufheben wolle.

Der Haushaltspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Peter Boehringer, stellt dazu klar: „Die Behauptung der FDP ist falsch und bedarf gleich mehrerer Richtigstellungen. Während die FDP das Thema erst seit Kurzem für sich entdeckt hat, hatte sich die AfD-Fraktion bereits zu Beginn des Lockdowns für eine zeitliche Begrenzung und für ein sehr schnelles automatisches Ende aller Maßnahmen eingesetzt. Als ich noch am Tag der ersten Abstimmung im Bundestag am 25. März 2020 genau dies einforderte und beantragte, wurden wir seitens der anderen Fraktionen mit Spott und Hämie bedacht.

Unser entsprechender Entschließungsantrag wurde an diesem 25. März von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Ebenso am 6. Mai der ebenfalls extrem wichtige Antrag des Fraktionskollegen Detlev Spangenberg zur sofortigen Aufhebung des wegen Covid-19 niemals gerechtfertigten Zustands einer 'epidemischen Notlage von nationaler Tragweite'. Auch die FDP hat damals in beiden Fällen genau die Antragsinhalte abgelehnt, die sie nun heute medienwirksam verbreitet!

Nachfolgend dokumentieren wir in Form einer ta-

bellarischen Übersicht die von der AfD-Fraktion im Bundestag schon seit März 2020 angestoßenen Initiativen zur Aufhebung aller Corona-Maßnahmen, die von der Bundesregierung unter Bezug auf eine angebliche 'Notlagen'-Situation gemäß Art 115(2) Grundgesetz sowie §5(1) Infektionsschutz-Gesetz rechtlich erzwungen wurden. Die AfD-Fraktion hat im Bundestag seit März sieben (!) einschlägige Anträge gegen die Notlagen-Situation und mehrere Dutzend im weiteren Sinne gegen daraus abgeleitete Corona-Maßnahmen gestellt.

Selbst wenn unsere parlamentarische Arbeit weiterhin vorsätzlich und faktenwidrig von den Medien ausgeblendet werden sollte (ganz explizit etwa die WELT erst vor wenigen Tagen): Die AfD-Fraktion wird sich dadurch nicht von ihrem Kurs abbringen lassen, weiterhin für die Wiederherstellung des grundgesetzlichen Normalzustands einzutreten.

Auszug aus der Tabelle:

Unt. Nr.	Datum / Drucksache / Initiatoren der AfD	Forderung	Ausgang
1	25.03.2020 Druck. 1000 Initiator: Peter Boehringer	Zeitliche Begrenzung aller Corona-Maßnahmen auf sechs Wochen	„Der Bundestag hat sich mit der Unterstützung und Überwachung der Bundesregierung und der Bundesländer bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie befassen und sich zur Unterstützung der Bundesregierung und der Bundesländer bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie befassen.“
2	25.03.2020 Druck. 1000 Initiator: Peter Boehringer	Automatisches Ende aller Corona-Maßnahmen am 30. April 2020	„Der Bundestag befiehlt, dass alle Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ergriffen wurden, am 30. April 2020 automatisch beendet werden.“

Die ganze Tabelle mit 29 Punkten finden sie [hier](#)

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Union

@ peter.boehringer@bundestag.de



[/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom/)



Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
 - Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
 - Auswärtiger Ausschuss

@ petr.bystron@bundestag.de

/bystronpetr

www.petrbystron.de



September 2020 | -3-

Bystron und Tommy Robinson fordern die Freilassung von Julian Assange

Dramatische Szenen in London: Am Vorabend des Prozesses gegen Julian Assange forderte der Außenpolitiker der AfD Petr Bystron gemeinsam mit dem [britischen Aktivisten Tommy Robinson](#) vor den Toren des Hochsicherheits-Gefängnisses Belmarsh die Freilassung und Begnadigung von Julian Assange.

Robinsons war selbst drei Monate in dem berüchtigten Hochsicherheits-Gefängnis inhaftiert, weil er über den Prozess gegen eine pakistanische Kinderschänder-Bande berichtete. Damals hatte sich Bystron für seine Freilassung eingesetzt – er schrieb an die EU, das Auswärtige Amt, Amnesty International und Human Rights Watch, sich für dessen Freilassung einzusetzen und bot Robin in Deutschland Asyl an. „Tommy Robinson ist der prominenteste politische Häftling Europas“, sagte Bystron damals. Jetzt setzten sich [Bystron und Robinson gemeinsam für die Freilassung](#) des aktuell „prominentesten politischen Gefangenen der Welt“ ein: den Wikileaks-Gründer Julian Assange, der seit 2010 von den USA verfolgt wird und seit 2019 im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh bei London in Einzelhaft sitzt.

Assanges drohen in dem in USA mehrfach 175 Jahre Haft oder sogar die Todesstrafe. Der Appel war umso

dramatischer, da Tommy Robinson in 2019 ebenfalls in Belmarsh in Einzelhaft war und dort mit Assange durch das Fenster über den Hof sprechen konnte. Assanges psychischer Zustand war schon damals besorgniserregend, er hatte Zusammenbrüche und brach oft in Tränen aus, berichtete Robinson. Aber das sei kein Wunder, schließlich sei „Einzelhaft medizinisch als Folter anerkannt“, so der Polit-Aktivist. Julian Assange sei in UK keines Verbrechens verurteilt worden. Trotzdem hätten sie ihn seit über einem Jahr eingesperrt.

Bystron engagiert sich immer wieder für politisch Verfolgte Aktivisten. Er erreichte bereits die Freilassung eines politischen Gefangenen: Im Jahr 2019 befreite er mit Hilfe des russischen Außenministers Lawrow den deutschen Journalisten Billy Six aus der Haft in Venezuela. Dies war bisher der größte außenpolitische Erfolg der AfD. Dieser wurde von den Regierungsparteien beständig geleugnet. Die gleichen Kräfte versuchten auch jetzt bereits im Vorfeld, die Reise von Bystron nach London zu verhindern: Sie lehnten die Reise zu dem Gerichtstermin von Assange mit der Begründung ab, da fehle der „außenpolitische Bezug“. Bystron ließ sich davon nicht beirren und war bereits ein Tag vor dem Prozessbeginn vor Ort. So geht Opposition!



Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ peter.felser@bundestag.de

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 www.peterfelser.de



September 2020 | -4-

Deutschland eine Zukunft geben!

Klausur der Arbeitskreisleiter der AfD-Bundestagsfraktion

Klare Kante beim Euro! Raus aus dem Euro – das wurde bei der Klausur der Arbeitskreisleiter unserer Fraktion am letzten Augustwochenende im Thüringer Wald sehr kontrovers diskutiert. Aber: jetzt geht es im Endspurt des letzten Jahres der Legislatur darum, noch einmal überzeugend unsere Wähler anzusprechen.

Strategie für das Regierungsdesaster der „Corona“-Krise

Im Zentrum stand die Ausarbeitung einer Strategie für die Zeit „nach Corona“ – also für die Zeit, wenn die Zerstörung unserer Wirtschaft und unseres Mittelstandes für jeden sichtbar wird. Inhaltlicher Kern und Höhepunkt der Klausurtagung war der Vortrag meines Kollegen aus Schleswig-Holstein, Bruno Hollnagel, über eine Strategie für Deutschland nach der Corona-Krise. Die ökonomischen Folgen der überzogenen Corona-Blockaden der Bundesregierung werden zeitverzögert wirksam. Inflation, Staatsverschuldung und Gemeinschaftshaftung werden vor allem dem deutschen Mittelstand, den kleinen Sparern und den sozial Schwachen hart zusetzen. Die AfD war die einzige Partei, die von Anfang an die Maßnahmen der Regierung abgelehnt hat und deshalb legen wir jetzt eine kohärente Strategie als Alternative zum verantwortungslosen Hin-und-Her der Regierung Merkel vor.

Modernstes Intranet für die größte Oppositionspartei

Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender war ich selbstverständlich anwesend, ebenso wie meine Mitarbeiter aus der IT-Abteilung, die unser neues Intranet vorstellten, das einen Quantensprung in der parlamentarischen Arbeit darstellt. Wir sind somit inhaltlich und technisch bereit für die Zukunft.

Für mich als Leiter der IT-Abteilung waren diese drei Tage eine besondere Freude, denn ich konnte den Arbeitskreisleitern unser neues eigenständiges Intranet vorstellen. Keine andere Fraktion im Bundestag hat eine derart leistungsstarke IT wie zukünftig die AfD-Fraktion. Besonders die Arbeitskreise werden davon profitieren und vor allem hier, in den Arbeitskreisen, wird die inhaltliche, politische Arbeit getan. Diese Kombination - Thematisierung der unangenehmen Fragen, harte Opposition zur Regierung und revolutionäre Technik – wird den Altparteien noch mächtig wehtun. Jeder meiner Kollegen und alle Referenten können auf ihrem Smartphone die wichtigsten Themen in der Plenarwoche abrufen und sofort reagieren. Wir sind die einzigen, die eine eigene Fraktionsapp im Plenum anwenden!

Ich freue mich auf den Endspurt bis zur Bundestagswahl im nächsten Jahr.

Söders Maskenpflicht im Unterricht

Liebe Mitstreiter,

in Bayern fängt das neue Schuljahr an und damit dieses für unsere Kinder nicht allzu erfreulich beginnt, hat das bayerische Kabinett unter Ministerpräsident Söder entschieden eine Maskenpflicht im Unterricht einzuführen. Auch wenn diese zunächst zeitlich beschränkt gelten soll, so ist nach der bisherigen Coronapolitik nicht zu erwarten, dass sie auch wie versprochen nach 9 Tagen endet.

Gerade nach den Schulschließungen in den vergangenen Monaten und dem damit einhergehenden Unterrichtsausfall, erscheint es für ein Land, dessen einziger nennenswerter Rohstoff die Bildung ist, umso wichtiger, dass diese nun wieder geordnet vermittelt werden kann und nicht unter Masken vernuschelt wird.

Wenn das Ziel also eine gute Bildung einerseits, sowie ein guter Gesundheitsschutz andererseits ist, sollte man sich mit einer Methode anfreunden, die nicht nur gegen Corona, sondern auch gegen andere Grippeviren, sowie schlechten Geruch wirkt: Regelmäßiges Lüften.

Sollten Eure Kinder von der Maskenpflicht betroffen sein und solltet Ihr etwas dagegen unternehmen wollen gibt es hier verschiedene Anregungen:

- über den Rechtsweg beim zuständigen Verwaltungsgericht Klage einreichen (ein Präzedenzfall in Frankfurt zeigt, dass es durchaus Erfolgsaussichten gibt)

- ein ärztliches Attest zur Befreiung einholen

- die folgende Petition unterzeichnen: <https://www.openpetition.de/petition/online/sofortige-abschaffung-der-maskenpflicht-im-unterricht-fuer-kinder-ab-der-5-klasse-in-bayern>

Ich wünsche Euch und Eurer Familie auch in diesen schwierigen Zeiten gutes Miteinander und den Kindern ein erfolgreiches Schuljahr 2020/2021.

Euer

Johannes Huber

Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag

✉ johannes.huber@bundestag.de

🐦 [@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)

📘 [/Johannes.Huber.AfD](https://Johannes.Huber.AfD)



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

 rainer.kraft@bundestag.de

 [/dr.rainer.kraft](https://www.facebook.com/dr.rainer.kraft)

 [@Dr Rainer Kraft](https://twitter.com/Dr_Rainer_Kraft)

 www.rainer-kraft-mdb.de

Intensivbehandlungen bei Corona-Patienten

Auch ein halbes Jahr nach Verhängung des ersten Shut-downs zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona Virus, vermittelt uns die Regierung den Eindruck, wir lebten in einer unmittelbaren Gefahr, mit dem Virus angesteckt zu werden. Täglich werden uns in den öffentlich-rechtlichen Medien die neuesten Zuwachszahlen bezüglich Infektion und Behandlung in Krankenhäusern mitgeteilt. Da derzeit massiv getestet wird, werden tatsächlich auch viele Infizierte gefunden. Da sich vor allem Urlaubsheimkehrer dem Test unterziehen, oder sogar unterziehen müssen ist es nur logisch, dass bei dieser Gruppe auch ein erhöhter Anteil an Infizierten gefunden wird. Die daraus gezogene Schlußfolgerung, nämlich dass diese Personen sich in ihrem Urlaubsgebiet mit dem Virus angesteckt haben ist aber ohne eine parallel dazu verlaufende Testreihe, wie viele Personen, die Corona positiv sind und damit in den Urlaub fahren, bzw. wie viele der daheim gebliebenen Corona positiv sind, nicht aussagekräftig.

Das nächste Phänomen das uns in den öffentlich-rechtlichen Medien verkauft wird, ist die unwidersprochene Gleichsetzung von infiziert und krank. Zum einen ist der Nachweis eines Virus-Bruchstückes noch kein Nachweis für eine tatsächlich erfolgte Infektion (ganz abgesehen von der Wahrscheinlichkeit eines falsch positiven Testes)

zum anderen, selbst wenn man infiziert ist folgt daraus nicht, dass man auch erkrankt ist. Die hohe Diskrepanz zwischen der Anzahl der positiv getesteten und der Anzahl der intensiv behandelten zeigt entweder, dass Corona nur in wenigen Fällen bei Infektion zu einer gefährlichen Krankheit führt, oder aber dass man auch bei Infektion nur in seltenen Fällen daran erkrankt. Beides passt nicht zur offiziellen Diktion, die derart stark einschränkende Maßnahmen rechtfertigt.

Weil wir bei den intensiv behandelten Patienten sind. Seit Ende März werden auf www.divi.de die freien, belegten und durch COVID Patienten belegten Intensivbetten in Deutschland erfasst. Zur Hochzeit waren dies ~12% der Intensivbetten bei noch vorhandenen Freikapazitäten von ca. der dreifachen Anzahl von COVID Patienten. Seit dem 03. Juli werden in Deutschland durchgängig weniger als 1% der Intensivbetten durch COVID Patienten belegt.

Die Daten, die bezüglich der Virusverbreitung und der Erkrankung vorliegen, rechtfertigen in keiner Weise die noch gültigen außergewöhnlichen Maßnahmen. Es ist dringend Zeit zur Normalität zurück zu kehren und mit den Aufräumarbeiten an den volkswirtschaftlichen Schäden zu beginnen, die durch die herrschende Corona-Politik verursacht wurden.

Passivkurs gegen den Verfassungsschutz gescheitert

Hans-Jörg Müller, MdB Außenwirtschaftlicher Sprecher

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

✉ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f /MdB.Mueller

Der Verfassungsschutz weist zahlreiche Konstruktionsfehler auf. Sein zentraler Missbrauch als Gedankenpolizei wie in George Orwells Roman „1984“ führt dazu, dass der Verfassungsschutz nicht das Grundgesetz, sondern die Regierung gegen die Opposition schützt. Deshalb fordere ich von meiner Partei eine offensive „Aktivstrategie“ gegen den Verfassungsschutz, der als Fehlkonstruktion grundlegend zu reformieren ist.

Das Grundgesetz kann in Deutschland nur von den Handelnden an den Schalthebeln verletzt werden, die über staatliche Durchsetzungsmacht verfügen. Das sind die Regierung und der Staatsapparat, nicht aber die Opposition, weil letztere nichts durchsetzen kann. Die öffentliche Brandmarkung der Oppositionspartei AfD ist daher nichts anderes als der grundgesetzwidrige Missbrauch des Verfassungsschutzes, um den Machterhalt des Altparteienkartells zu sichern. Statt die Opposition zu diffamieren, müssten daher alle Regierungsparteien auf Bundes- und Länderebene vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Der sich selbst unterwerfende Passivkurs der AfD gegen die Überwachung durch den Verfassungsschutz ist sinnlos. Wir müssen nicht nur aktiv gegen dessen missbräuchlichen Einsatz vorgehen, sondern darüber hinaus die gesamte Fehlkonstruktion schnellstens und grundlegend reformieren. Politische Einstellungen, Gedanken und Äußerungen dürfen nicht mehr verfolgt werden, nur noch Gewaltbereitschaft. Mangelhaft definierte Gummibegriffe wie „Extremismus“ und „Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung“ müssen konkretisiert und eingeschränkt werden. In liberalen Demokratien ist es nicht üblich, Bürger auf eine gesinnungsbezogene Verfassungstreue zu verpflichten und Oppositionsparteien als „extremistisch“ abzustempeln und vom Geheimdienst zu unterdrücken. Es ist höchste Zeit, dass in der Bundesrepublik Deutschland endlich eine normale „liberale Demokratie des Westens“ verwirklicht wird.

Infos: <https://bit.ly/3b4MFkj>



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

Stellvertretendes Mitglied:

- Haushaltsausschuss

 [/gerold.otten/](https://www.instagram.com/gerold.otten/)

 [@gerold_otten](https://twitter.com/gerold_otten)

 [/gerold.otten.3](https://www.facebook.com/gerold.otten.3)

Web: www.geroldotten.de

Ein Rückblick auf die Wahl des Wehrbeauftragten

Ämter gibt es in der Demokratie nur auf Zeit. Daher ist es nicht ungewöhnlich, wenn der bis dahin allseits geschätzte Wehrbeauftragte, Dr. Hans-Peter Bartels (SPD), sein Amt aufgeben musste.

Ungewöhnlich war aber, dass er öffentlich Einspruch gegen die auf Merkel'sche Art vollzogene Absetzung erhob. Er führe sein Amt überparteilich, erhalte allseits Zuspruch und habe sich ja auch sonst nichts zu Schulden kommen lassen. Das meinte er jedenfalls.

Noch ungewöhnlicher war, dass sich auch Bartels Ehefrau, die Kieler Ex-Bürgermeisterin Susanne Gaschke, mit einer gnadenlosen Austrittserklärung nach 33 Parteimitgliedschaft in der SPD öffentlich zu Wort meldete. Die Rede war von einer zur Selbstkritik unfähigen „Versorgungspartei“ und von „Quotenmigranten“. Allein der Ausdruck hätte wohl auch schon zu Ihrem Parteiausschluss geführt, siehe Thilo Sarrazin.

Die SPD in Person ihres Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich hielt es jedenfalls für geraten, die Berliner Abgeordnete Eva Högl zu nominieren. Frau Högl ist für vieles bekannt, z.B. für ihre Toleranz – nicht nur gegenüber Drogen, illegalen Bereicherern und Einzelfällen, allerdings nicht dafür, dass Sie irgend-

welche Ahnung oder Anknüpfungspunkte zur Bundeswehr und den Soldaten gehabt hätte!

Da wir diese geballte Kompetenz in Sachen Bundeswehr nicht einfach so in das Amt kommen lassen wollten, hatte sich unsere Fraktion entschlossen einen Gegenkandidaten aufzustellen. So wurde ich von der Fraktion zum AfD-Kandidaten für das Amt des Wehrbeauftragten gewählt.

Hier zeigte sich aber auch wieder, wie unsere „Qualitätsmedien“ arbeiten. Es wurde so gut wie gar nicht darüber berichtet, dass es einen Gegenkandidaten der AfD gab. Es gab keine Interviewanfrage an mich und im Fernsehen durften sich nur Abgeordnete der Koalition oder von Grünen und FDP zur Wahl des Wehrbeauftragten äußern.

Wie erwartet wurde Eva Högl dann mit den Stimmen der Koalition gewählt.

Dieser Vorgang zeigt wieder einmal, welchen Stellenwert die Altparteien der Bundeswehr und unseren Soldaten zumessen. Nach Ursula von der Leyen und AKK als Verteidigungsministerinnen ist die Wahl von Eva Högl ein weiterer Tiefpunkt in der Wertschätzung ihres Dienstes für unser Land.



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**
 - Unterausschuss Europarecht
- **Ordentliches Mitglied**
 - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
 - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka

Fragemöglichkeit für Mitglieder

Der Bundestag bietet jeden Mittwoch in den Sitzungswochen für die Abgeordneten die Möglichkeit, der Regierung Fragen zu stellen. Die Themen sind grundsätzlich frei, begonnen wird immer mit einem bestimmten Minister-Ressort. Während einige Fragen auch vor Ort erst formuliert werden können, ist zumeist Tage vorher etwas schriftlich einzureichen. Wie zu erwarten, sind Antworten seitens der Regierung gerade bei kritischen Punkten sehr ausweichend. Auch sind die Listen der Fragestellungen sehr lang. Die Dauer der Befragung wurde diese Legislatur dann zusätzlich noch heruntergekürzt, was dazu führt, dass sehr viel „hinten runter fällt“ und schriftlich in der Folgezeit beantwortet werden muss.

Es besteht jedoch definitiv das Recht eines jeden Abgeordneten, schlussendlich eine Antwort zu erhalten. Selbsterklärend dürfte sein, dass quasi nur die Oppositionsparteien hier die Regierung konfrontieren oder überhaupt sich in dem oben beschriebenen Format zu Wort melden. Zugegeben werden muss, dass gerade die Grünen extrem aktiv

sind und diese meist ca. die Hälfte der Fragen alleine stellen. Ziel für die AfD sollte hier sein, die Regierung aus der richtigen politischen Richtung vor sich herzutreiben. Gleichzeitig ergibt sich meiner Meinung nach eine gute Gelegenheit, unseren Mitgliedern oder auch allen Bürgern de facto ein Mit-Fragerecht einzuräumen: Wir als Abgeordnete der Landesgruppe haben ein Fragekontingent, das wir dafür verwenden können. Ein sinnvolles Projekt wäre, eine Schnittstelle (Homepage oder das neue AfD-Forum) einzurichten, bei welcher Mitglieder eigene Fragen einreichen. Daraufhin wird geprüft, ob dies schon beantwortet wurde, bzw. gerade wird.

Natürlich gibt es keine Garantie, dass die Einreichung X oder Y genau in Woche A oder B verarbeitet wird, jedoch kann das AfD-Mitglied auf diese Weise in rechtlich vollkommen zulässiger Weise „seine“ Frage an Minister und die Bundesregierung allgemein stellen (lassen). Ob eine Ausweitung des Angebots an alle Bürger sinnvoll oder auch handhabbar ist, müsste man sehen.

Wirtschaftlicher Druck auf die heimische Landwirtschaft nimmt zu – Nur die AfD-Bundestagsfraktion bietet der bäuerlichen Landwirtschaft eine Zukunft

Wie ihr sicher alle mitbekommen habt, halten die Bauernproteste gegen die verfehlte Agrarpolitik der Altparteien trotz der Versammlungseinschränkungen im Rahmen der Corona-Krise ungemindert an. Es war für mich selbstverständlich, die Mahnwache der Landwirte in Berlin am 19. Juni zu besuchen und vor Ort mit den Landwirten auszutauschen.

Der wirtschaftliche Druck auf die heimische Landwirtschaft wird immer größer. Jedes Jahr sind etwa 10.000 Landwirte gezwungen, ihre Hof-tore für immer zu schließen. Und die verbleibenden Betriebe werden getreu dem Motto „Wachse oder Weiche“ gleichzeitig immer größer. Der Hauptgrund dafür ist, dass EU und Bund in immer kürzeren Abständen neue Auflagen und Restriktionen verabschieden, die für die Landwirte zu einer Erhöhung der Produktionskosten führen. Weil die Landwirte bei offenen Handelsgrenzen mit den niedrigen Weltmarktpreisen konkurrieren müssen, wird dadurch jedes Mal der Gewinn geschmälert. Nur die größten Betriebe sind noch in der Lage einigermaßen wettbewerbsfähig zu wirtschaften.

Es war uns als Arbeitskreis Landwirtschaft deshalb wichtig, ein agrarpolitisches Leitbild für die Bun-

destagsfraktion zu erarbeiten. In diesem haben wir die wichtigsten Handlungsfelder in der Agrarpolitik identifiziert und zeigen unsere Lösungsansätze auf. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der EU, insbesondere die Fördermittel, wieder renationalisiert wird. Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft erhalten und setzen uns deshalb dafür ein die Rolle der Erzeuger in der Wertschöpfungskette zu stärken. Wichtig ist uns auch das eindeutige Bekenntnis zu Tierschutz und zur artgerechten Tierhaltung. Deshalb haben wir vor der Sommerpause unseren Antrag „Zukunftsfähige Nutztierhaltung - Planungs- und Investitionssicherheit für Landwirte herstellen“ ([BT-Drs. 19/20120](#)), der leider abgelehnt wurde, ins Plenum gebracht. Darüber hinaus wollen wir dazu beitragen, dass die Potentiale der Digitalisierung in der Landwirtschaft vollumfänglich genutzt werden können. Mit verlässlichen rechtlichen Rahmenbedingungen werden wir der heimischen Landwirtschaft Planungs- und Investitionssicherheit zurückgeben und für eine höhere Wertschöpfung sorgen. Nur so hat regionale bäuerliche Landwirtschaft eine Zukunft in Deutschland.

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ Protschka.stephan@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

Alle Macht geht vom Volke aus!



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied:

- **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

@ martin.sichert@bundestag.de

f /sichertmartin

Ein beeindruckendes Zeichen aus Berlin ging dieser Tage um die Welt: Die friedliche Anti-Corona-Demo für „Freiheit und Frieden“ am 29. August zeigte, dass – auch in Deutschland – alle Macht vom Volke ausgeht.

Als Parlamentarier und Volksvertreter war es mir eine Herzensangelegenheit, mich unter die Hunderttausenden Demonstranten zu mischen; dabei konnte man miterleben, welch anti-demokratisches Verständnis der Berliner SPD-Innensenator Geisel und die Berliner Polizeiführung haben:

Mitten in der Friedrichstraße wurde der Demonstrationszug völlig grundlos gestoppt und abgeriegelt. Die Folge: Die Menschenmassen waren auf relativ geringem Raum fixiert und der Mindestabstand konnte nur schwer eingehalten werden. Diese Aktion war von Anfang an geplant, um die regierungskritische Demonstration frühzeitig beenden zu können.

Eine andere, ebenfalls inszenierte Aktion der Polizeiführung konnte man am Reichstag miterleben: Dort „schützen“ drei Polizeibeamte das Reichstagsgebäude, während eine Hundertschaft an Polizisten die dort versammelten Demonstranten Richtung Reichstag trieb, wie ich selbst beobach-

ten konnte.

Eine solche Polizeiführung ist entweder absolut unfähig oder sie provoziert mit diesem Verhalten eine Stürmung der Treppen des Reichstags, um genau die Bilder zu produzieren, die nun um die Welt gehen. Egal ob Unfähigkeit oder bewusstes Handeln, in beiden Fällen haben Polizeiführung und Innensenator bewiesen, dass sie ihren Auftrag nicht verstanden haben.

Der 29. August 2020 war dennoch ein guter und erfolgreicher Tag für die Demokratie und die Freiheit in unserem Land!

Man konnte sehen, welch beeindruckende Bilder und welche großartige Dynamik sich ergeben, wenn Menschen – unterschiedlichster Herkunft, unterschiedlichster politischer Meinung und unterschiedlichster Motivation – gemeinsam auf die Straße gehen.

Die Kritik all dieser Demonstranten an den politischen Verhältnissen in Deutschland muss nun die AfD in die Parlamente tragen und dort Sprachrohr dieser friedlichen und freiheitlichen Menschen sein – getreu der Inschrift über dem Westportal des Reichstags: „Dem deutschen Volke“.

Freiheit und Mobilität vor den Grünen schützen!

Die Grünen in der nächsten Bundesregierung? Nicht unwahrscheinlich! Auch in der Corona-Krise kann die schwarz-rote Koalition nur mühsam ihre Bruchstellen verdecken. Für CDU und CSU ist Schwarz-Grün daher wohl die einzige realistische Machtoption, solange sie sich einer bürgerlichen Zusammenarbeit verweigern.

Umso wichtiger ist es aus freiheitlicher Sicht, den Charakter der grünen Partei offenzulegen – und die heimliche, informelle schwarz-grüne Zusammenarbeit, die es längst gibt! Verkehrspolitik ist ein Hauptkampffeld der grünen Ideologie und genau hier ist zu erkennen, wie biegsam die „Schwarzen“ sind. Aktuell läuft das in der Bundespolitik über den Bundesrat. Dort sind die Grünen mächtig, weil beteiligt an 11 von 16 Landesregierungen. Sie stellen im Bundesrat 6 der 18 Mitglieder des Verkehrsausschusses, also ein Drittel.

Anfangs noch moderate Vorschläge, zum Beispiel zum Bußgeldkatalog oder zum Motorradlärm, werden im Bundesrat im Verkehrsausschuss unter dem Einfluss der Grünen durch Änderungsanträge massiv verschärft. So kamen die Fahrverbote ab 21 km/h Tempoüberschreitung in den Bußgeldkatalog und die Sonn- und Feiertagsfahrverbote in die Bundesratsinitiative zum Motorradlärm.

Der massiv verschärfte Bußgeldkatalog ging danach einstimmig (!) durch das Plenum des Bundesrats, also auch mit den Stimmen der von der CDU bzw. CSU regierten Länder, und wurde von Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU) in Kraft gesetzt. So macht ein CSU-Minister heute schon „grüne“ Politik! Nur ein Formfehler hat dieses Machwerk bekanntlich wieder unwirksam werden lassen. Über eine Neufassung wird verhandelt, und natürlich melden sich wieder die Autofahrerfeinde und laufen Sturm gegen jede Abmilderung der Strafen. Ganz vorne mit dabei ist Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne). Solche Korrekturversuche seien, so Hermann wörtlich, „an Dreistigkeit nicht zu überbieten“.

Gerade durch die schwarz-grüne Option wächst die Macht der Grünen weiter. Neue Schritte in den Ideologiestaat sind vorgezeichnet. Um unsere Freiheit und unsere Mobilität vor diesen Einflüssen zu bewahren, ist die Warnung vor Schwarz-Grün künftig ein Muss!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /W.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**